

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

03.12.2008

Freie Wähler: Main-Kinzig-Kreis in der Schuldenfalle

Als absurdes Theater empfinden die Freien Wähler im Kreistag den Streit zwischen CDU und SPD über den vermeintlichen Verdienst des Finanzdezernenten Frenz für den Ausgleich des Kreishaushaltes. Wenn man einen Verantwortlichen für die verbesserte Finanzsituation ausfindig machen wolle, so der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler, Heinz Breitenbach, dann seien die Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises zu benennen, die mit einer Kreisumlage von 49,5% kräftig zur Aufbesserung des Kreishaushaltes beitragen, nicht jedoch der Finanzdezernent.

Tatsächlich erhöhen sich im Jahre 2009 nach Berechnungen der Freien Wähler die Einnahmen des Main-Kinzig-Kreises aus der Kreisumlage um 32 Millionen und aus der Schulumlage um 9 Millionen Euro gegenüber 2007. Heinz Breitenbach: "Das ist die gewaltigste Verschiebung von Geld aus den Städten und Gemeinden zugunsten des Kreises, die wir jemals zu verzeichnen hatten. Der Main-Kinzig-Kreis profitiert hier von der verbesserten Wirtschaftslage der letzten Jahre und der gestiegenen Finanzkraft seiner Kommunen."

Nach Meinung der Freien Wähler versucht Finanzdezernent Frenz allerdings alles, um die Belastung der Städte und Gemeinden herunterzuspielen. Anstatt im Vorbericht zum Haushalt 2009 auf den herausragenden Beitrag der kreisangehörigen Kommunen zu den Kreisfinanzen hinzuweisen, wird dieser hinter dem Begriff der „Erlöse aus dem kommunalen Finanzausgleich“ versteckt. Die Freien Wähler empfinden dies als eine Verschleierung der tatsächlichen Finanzströme. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Carsten Kauck: „Im Finanzausgleichsgesetz des Landes Hessen sind die vom Land den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zustehenden Finanzzuweisungen als kommunaler Finanzausgleich klar von den von den Städten und Gemeinden zu erhebenden Umlagen getrennt. Im Jahr 2009 wird das Land dem Kreis rund 7 Millionen Euro weniger als kommunaler Finanzausgleich zuweisen als 2007, die Belastungen der Städte und Gemeinden dagegen werden um mehr als 40 Millionen Euro steigen.“

Angesichts dieser Zahlen können sich die Freien Wähler auch nur wenig über den möglichen Überschuss von 384.151 Euro freuen, den der Finanzdezernent für 2009 errechnet hat. FW-Fraktionsvorsitzender Jürgen Heim fasst die Kritik am Haushaltsentwurf zusammen: „Wer über 40 Millionen Euro gegenüber 2007 mehr einnimmt und davon nur 384.151 Euro übrig behält, der wirtschaftet schlecht, selbst wenn man die geringeren Landeszuweisungen von 7 Millionen, den Rechnungsfehlbetrag des Jahres 2007 von 14 Millionen, die Steigerung des Personalaufwands von 3,6 Millionen und den Mehraufwand für den Landeswohlfahrtsverband von 3,9 Millionen mit einrechnet. Was sich in dem Ergebnis niederschlägt, sind die ständig wachsenden Schulden des Kreises und die aus ihnen resultierenden üppigen Zinsüberweisungen. Die Schulden betragen inzwischen fast eine halbe Milliarde Euro und werden auch 2009 weiter steigen. Der Main-Kinzig-Kreis sitzt fest in der Schuldenfalle und wird sich mit einem Finanzdezernenten Frenz auch nicht daraus befreien können.“